Bebauungsplan „Sandweg“ Stellungnahmen gem.
– 3. Änderung § 4 (1) BauGB

Stadt Billerbeck

**Stellungnahmen zu den im Rahmen der Beteiligung der
Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1)
BauGB eingegangenen Anregungen**

1 Kreis Coesfeld
Schreiben vom 28.10.2015

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sandweg“ nimmt der Kreis Coesfeld wie folgt Stellung:

Gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sandweg“ bestehen seitens der **Unteren Bodenschutzbehörde** keine Bedenken, so denn unten aufgeführte Änderungen / Ergänzungen berücksichtigt werden.

Gemäß dem gemeinsamen Runderlass vom 15.05.92 "Berücksichtigung von Flächen mit Bodenbelastungen, insbesondere Altlasten bei der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren" (SMBl. NW, S. 876) besteht für die Gemeinde als Träger der Bauleitplanung eine Nachforschungspflicht bei der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials (s. Ziffer 2.1.2).

Dieser Nachforschungspflicht muss die Gemeinde nachkommen, wenn es konkrete Hinweise oder Anhaltspunkte für das mögliche Bestehen von Bodenbelastungen gibt. Die Gemeinde/ Stadt als verantwortlicher Träger der Bauleitplanung hat in eigener Zuständigkeit ausreichend zu prüfen, ob ein Bodenbelastungsverdacht besteht, d. h., Prüf- oder Vorsorgewerte der Bundes- Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) überschritten sein könnten.

Liegen konkrete Hinweise oder Anhaltspunkte vor, sind ggf. Bodenuntersuchungen erforderlich um sicherzustellen, dass gemäß § 1 Abs. 6 BauGB insbesondere die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung gewahrt bleiben sowie die Auswirkungen auf den Boden berücksichtigt werden. Der Bauleitplan darf keine Nutzungen vorsehen, die mit einer vorhandenen oder vermuteten Bodenbelastung auf Dauer unvereinbar und deshalb unzulässig wären.

Im vorgelegten Bebauungsplan sind folgende Änderungen/ Ergänzungen vorzunehmen:

Gemäß § 9 (5) Baugesetzbuch (BauGB) sind Flächen, deren

Böden erheblich mit umwelt-gefährdenden Stoffen belastet sind, im Bebauungsplan zu kennzeichnen. Die zeichnerische Darstellung der Flächen im Baubauungsplan ist nach der Planinhalts- und Planzeichenverordnung (PlanZV) auszuführen.

Für die zeichnerische Darstellung der Altlastenfläche im Bebauungsplan kann bei der Unteren Bodenschutzbehörde des Kreises Coesfeld ein Planauszug angefordert werden, aus dem der Umfang der Altlastenfläche zu entnehmen ist.

Für Flurstücke, die unmittelbar von Altlasten betroffen sind, ist textlich festzusetzen, dass zukünftige Baumaßnahmen durch einen anerkannten Gutachter nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) zu begleiten sind.

Im Planungsgebiet des Bebauungsplanes „Sandweg“ befindet sich eine Altlast, die unter der Kennung 173-Bi12 Bi mit dem Status „2 - Kein(e) Verdacht / Gefahr bei derzeitiger Nutzung“ im Kataster für Altlasten und schädliche Bodenveränderungen des Kreises Coesfeld geführt.

Bei der Abt Lagerung handelt es sich um eine ehem. Sandgrube, die nach Entsandung mit Bauschutt und anderen Materialien aufgefüllt wurde. Die Altlastenfläche umfasst eine Vielzahl von Flurstücken, die zum größten Teil Anfang/ Mitte der 1990er Jahre auf Veranlassung der jeweiligen Grundstückseigentümer untersucht wurden. Im vorliegenden Bebauungsplan sind die Parzellen Gemarkung Billerbeck-Stadt; Flur 18; Flurstücke 66, 209, 210, 211, und 212 von der Altlast betroffen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Altlast 325-Bi31, die mit dem Status „2 - Kein(e) Verdacht / Gefahr bei derzeitiger Nutzung“ im Kataster für Altlasten und schädliche Bodenveränderungen des Kreises Coesfeld geführt wird, unmittelbar an den Planungsbereich des Bebauungsplanes „Sandweg“ grenzt.

Die o. g. Altlasten wurden bei der Aufstellung des Bebauungsplanes „Sandweg“ bisher nicht berücksichtigt, sind aber nunmehr mit in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Laut **Aufgabenbereich Immissionsschutz** dient die vorliegende Bebauungsplanänderung der Schaffung von Baurecht für die Ansiedlung eines Tier- und Gartenfachmarktes.

Das im Geltungsbereich des momentan rechtskräftigen Bebauungsplanes festgesetzte Gewerbegebiet wird auf der Grundlage des Abstandserlasses 2007 gegliedert mit der Festsetzung: „unzulässig sind Betriebe und Anlagen der Abstandsklassen I bis VII (1 -221)“.

Die vorgesehenen gewerblichen Nutzungen sind im ausgewie-

senen Gewerbegebiet planungsrechtlich zulässig, die genaue Sicherstellung des Immissionsschutzes wird im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren zu regeln sein.

Unter Hinweis auf die besondere Bedeutung und Beachtung des Kapitels 5.5 der Begründung zum Bebauungsplan (Artenschutz) werden Bedenken seitens der **Unteren Landschaftsbehörde** zurückgestellt.

Hinsichtlich der Textlichen Festsetzung Nr. 6 wird seitens der Bauaufsicht angeregt, den letzten Satz durch eine Erläuterung zum Inhalt von § 9 (1) Nr. 25 BauGB (z.B. Flächen zur Anpflanzung) zu ergänzen, damit es für den Bürger verständlich wird.

Die **Brandschutzdienststelle** gibt folgenden Hinweis:

Zur Sicherstellung der Löschwasserversorgung ist gem. DVGW-Regelwerk „Arbeitsblatt W 405“ Abschnitt 5 i.V.m. Tabelle 1 des z.g. Arbeitsblattes für Mischgebiete (MI) und Gewerbegebiete (GE) mit ≤ 3 Vollgeschossen und einer mittleren Gefahr der Brandausbreitung eine Löschwassermenge von 96 m³/h für eine Löschzeit von 2 Stunden erforderlich. Die Sicherstellung einer den örtlichen Verhältnissen angemessenen Löschwasserversorgung ist gemäß § 1 FSHG Aufgabe der Gemeinde.

Stellungnahme:

Untere Bodenschutzbehörde:

Die Hinweise, auf die im Plangebiet und seinem Umfeld vorhandenen Altlasten werden zur Kenntnis genommen. Die Anregung, die im Plangebiet vorhandenen Altlasten gemäß § 9 Abs. 5 BauGB in der Planzeichnung zu kennzeichnen, wird gefolgt.

Der Hinweis, dass zukünftige Baumaßnahmen auf Flurstücken, die unmittelbar von Altlasten betroffen sind, durch einen anerkannten Gutachter nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) zu begleiten sind, wird zur Kenntnis genommen und entsprechend in den Bebauungsplan aufgenommen.

Aufgabenbereich Immissionsschutz:

Der Hinweis, dass die derzeit im Plangebiet konkret vorgesehenen gewerblichen Nutzungen im ausgewiesenen Gewerbegebiet planungsrechtlich zulässig, die genaue Sicherstellung des Immissionsschutzes jedoch im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren zu regeln ist, wird zur Kenntnis genommen.

Brandschutzdienststelle:

Der Hinweis auf die zur Sicherstellung des Brandschutzes er-

forderlichen Löschwassermengen wird zur Kenntnis genommen. Durch die Planung erfolgt keine Änderung der zulässigen baulichen Nutzung, insofern bestehen gegenüber der heutigen Situation keine veränderten Anforderungen an die Löschwasserversorgung.

Beschlussempfehlung:

Den Anregungen wird gefolgt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

2 Straßen.NRW
Schreiben vom 28.10.2015

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Durch die 3. Änderung des Bebauungsplanes "Sandweg" soll die planungsrechtliche Voraussetzung für die Betriebsansiedlung eines Tier- und Gartenfachmarktes auf dem Gebiet der Stadt Billerbeck geschaffen werden. Das von der Stadt ausgewiesene Plangebiet liegt östlich der Landesstraße 581, Abschnitt 32 und grenzt dabei unmittelbar an die Landesstraße an. Das Gelände soll über eine neue Zu- und Ausfahrt an den Sandkamp angebunden werden.

Die geplante Anbindung befindet sich etwa 40 m östlich von dem Knotenpunkt "Holthäuser Straße (L 581) | Sandweg | Münsterstrasse" entfernt. Die Sicht aus dem Sandweg in die Holthäuser Straße ist teilweise beeinträchtigt. Die laut den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) erforderliche Anfahrtsicht ist teilweise nicht gewährleistet. Wenngleich die Unfallsituation derzeit unauffällig ist, ereigneten sich am Knotenpunkt in der Vergangenheit wiederholt Verkehrsunfälle, u. a. mit Beteiligung von Fußgängern, Rad- und Kradfahrern. Das durch die Betriebsansiedlung bedingte Verkehrsaufkommen wird erfahrungsgemäß zukünftig ein zusätzliches Gefährdungspotenzial an dieser Stelle erzeugen.

Vor diesem Hintergrund wurde die geplante Erschließung durch die Ingenieurgesellschaft BBW aus Bochum in einem Verkehrsuntersuchung analysiert. Laut dem Verkehrsgutachten kann das zukünftige Verkehrsaufkommen an der Kreuzung leistungsfähig und verkehrssicher abgewickelt werden, sofern der Knotenpunkt gemäß der Empfehlung im Verkehrsgutachten mit einer Lichtsignalanlage

ausgestattet wird. Für den Knotenpunktausbau wurde anschließend in Abstimmung mit Straßen.NRW eine Vorplanung aufge-

stellt. Wenngleich gemäß der vorliegenden Vorplanung der Kreuzungsumbau baulich grundsätzlich machbar ist, muss die konkrete Gestaltung in den Einmündungsbereichen Bernhardstraße | Münsterstrasse | Sandweg | Tankstelle im Rahmen der weiteren Verkehrsplanung noch im Detail aufgezeigt werden.

Gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes "Sandweg" der Stadt Billerbeck bestehen aus Sicht von Straßen.NRW keine Bedenken, wenn bei der weiteren Bauleitplanung die nachfolgend aufgeführten Punkte berücksichtigt werden:

1. Voraussetzung für die geplante Betriebsansiedlung ist die gesicherte Erschließung des Vorhabens. Um eine Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs am vorgenannten Knotenpunkt auszuschließen, ist die Kreuzung vor Realisierung der Betriebsansiedlung mit einer Lichtsignalanlage auszustatten. Hierfür ist die Straßenplanung zunächst weiterzuentwickeln und mit den von der Planung betroffenen Dritten einvernehmlich abzustimmen.
2. Auf der Grundlage einer baureifen Ausführungsplanung ist zwischen der Stadt Billerbeck und Straßen.NRW eine Vereinbarung über den Kreuzungsausbau "Holthausener Straße / Sandweg / Münster Straße" abzuschließen, in der die Finanzierung der Baumaßnahme sowie die rechtlichen und technischen Einzelheiten geregelt werden.
3. Bei der Baumaßnahme handelt es sich um eine einseitige Veranlassung aufgrund des Änderungsverlangens der Stadt Billerbeck zur ordnungsgemäßen Erschließung der geplanten Betriebsansiedlung / Gebietsfläche. Die Kosten der Kreuzungsbaumaßnahme inklusive der Lichtsignalanlage sind grundsätzlich gemäß dem Veranlasserprinzip von der Stadt zu tragen. Da durch die Signalisierung der Kreuzung gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an dem Knotenpunkt und im Zuge der L 581 geleistet wird, beteiligt sich Straßen.NRW maßgeblich an den Bau- und Planungskosten.
4. Die für den Kreuzungsausbau inklusive der Nebenanlagen benötigten Flächen sind im weiteren Bauleitverfahren durch die Stadt zu sichern. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sind im Einmündungsbereich der Kreuzung die erforderlichen Sichtfelder dauerhaft freizuhalten. Parkflächen für den ruhenden Verkehr sind in diesem Bereich unzulässig.
5. Eine zusätzliche Erschließung der Gebietsfläche ist nicht erlaubt. Die derzeit vorhandene Anbindung an die Landesstraße ist deshalb zurückzubauen. Parallel zur

Landesstraße ist auf gesamter Länge ein Bereich ohne Ein- und Ausfahrt festzusetzen.

6. Die an die Landesstraße angrenzenden Bauvorhaben und Anlagen der Außenwerbung sind aus Gründen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs so zu beleuchten und zum Schutze der Verkehrsteilnehmer so abzuschirmen, dass der übergeordnete Verkehr weder geblendet noch abgelenkt wird.

Weitere Anregungen sind im Rahmen der Beteiligung der Behörden vom Landesbetrieb Straßen NRW - Regionalniederlassung Münsterland - zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorzutragen.

Straßen. NRW behält sich weitere Auflagen im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung vor. Bei dem weiteren Verfahrensablauf bitte ich mich erneut zu beteiligen.

Stellungnahme:

Die Hinweise, zu der im Rahmen der Realisierung des geplanten Bauvorhabens erforderlichen Umgestaltung des Kreuzungspunktes Sandweg/ Holthäuser Straße (L 581) und die erforderliche Errichtung einer Lichtsignalanlage werden zur Kenntnis genommen. Der Hinweis auf die erforderliche Konkretisierung der Planung des betroffenen Knotenpunktes wird ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass eine zusätzliche Erschließung der Flächen im Plangebiet ausgehend von der L 581 nicht zulässig ist, wurde durch die Festsetzung eines Zu- und Abfahrtsverbotes entlang der L 581 im Bereich des zu errichtenden Gartenmarktes berücksichtigt.

Der Hinweis auf das Freihalten der erforderlichen Sichtdreiecke wird im Rahmen der Umsetzung der Planung berücksichtigt.

Der Hinweis, dass die Sicherheit des Verkehrs durch die Beleuchtung der Bebauung oder Werbeanlagen nicht beeinträchtigt werden darf, wird zur Kenntnis genommen. Ein entsprechender Hinweis wurde in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussempfehlung:

Die Anregungen werden berücksichtigt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

**3 Deutsche Telekom Technik GmbH
Schreiben vom 02.11.2015**

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben.

Zu Ihrem Schreiben vom 01. Oktober 2015 nehmen wir wie folgt Stellung:

Innerhalb des Änderungsbereiches sowie an den Randbereichen befinden sich bereits Telekommunikationslinien der Telekom, wie aus dem beigefügten Plan ersichtlich ist. Es handelt sich dabei um die Versorgung der bestehenden Bebauung. Wir gehen davon aus, dass alle Tk-Linien in ihrer jetzigen Lage verbleiben können.

Aus unserer Sicht bestehen keine Bedenken gegen die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Sandweg“ der Stadt Billerbeck. Der Vorgang wird bei uns unter dem Zeichen w00000059016211 geführt.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf die bestehenden Telekommunikationslinien wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**4 HWK – Handwerkskammer Münster
Schreiben vom 28.10.2015**

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Mit Blick auf die besondere Schutzwürdigkeit der Billerbecker Innenstadt regen wir an, die Festsetzungen zur Einzelhandelsbeschränkung unter Punkt 2c wie folgt zu ergänzen:

Im Falle von Fachmärkten mit nicht-zentrenrelevantem Hauptsortiment ist die Fläche für das zentrenrelevante Randsortiment auf max. 10% der gesamten Verkaufsfläche zu begrenzen.

Stellungnahme:

Grundsätzlich sieht der Bebauungsplan in den festgesetzten Gewerbe- und Mischgebieten eine Einschränkung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben vor, um den zentralen Versorgungsbereich der Stadt Billerbeck zu schützen und das Entstehen von Einzelhandelsnutzungen mit zentrenrelevanten Hauptsortimenten außerhalb des zentralen Versorgungsbereichs zu vermeiden.

Die Einschränkung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben erfolgt dabei auf Basis der Hauptsortimente, da diese das prägende Merkmal eines Einzelhandelsbetriebes darstellen. Randsortimente treten diesem lediglich untergeordnet hinzu und sind daher nicht geeignet die Art der Nutzung im Sinne des § 1 (5) BauNVO zu prägen.

Für eine weitere Differenzierung der Zulässigkeit von Einzelhandelsbetrieben im Hinblick auf die von Ihnen vertriebenen Randsortimente fehlt es daher, unabhängig von der Frage der städtebaulichen Erforderlichkeit einer solchen Festsetzung, an der rechtlichen Grundlage.

Die Anregung, die zulässigen zentrenrelevanten Randsortimente auf 10 % der Verkaufsfläche zu begrenzen, wird nicht gefolgt.

Beschlussempfehlung:

Die Anregung wird nicht berücksichtigt.

5 Bezirksregierung Arnsberg
Schreiben vom 15.10.2015

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Allgemeiner Hinweis:

Auf Grund der baukonjunkturell bedingt hohen Auftragslage kann eine Bearbeitung von Vorgängen im Besonderen während urlaubs- und krankheitsbedingten Ausfällen in der gewohnten Geschwindigkeit derzeit nicht sichergestellt werden. Mit Verzögerungen von 2 bis 4 Wochen zusätzlich zur gewohnten Bearbeitungszeit ist momentan zu rechnen. Wir bitten hierfür um Verständnis.

Eine Luftbildauswertung für Ihren Antrag wurde durchgeführt.

Ich empfehle folgende Kampfmittelbeseitigungsmaßnahmen:

Es sind keine Maßnahmen erforderlich, da keine in den Luftbildern erkennbare Belastung vorliegt.

Es ist möglich, dass die verwendeten Luftbilder aufgrund von

Bildfehlern, ungenügender zeitlicher Abdeckung oder ungenügender Sichtbarkeit, nicht alle Kampfmittelbelastungen zeigen. Die zuständige örtliche Ordnungsbehörde ist deshalb nicht davon entbunden, eigene Erkenntnisse über Kampfmittelbelastungen der beantragten Fläche heranzuziehen.

Diese Stellungnahme ist aus Datenschutzgründen ausschließlich für den Dienstgebrauch vorgesehen. Eine sonstige Verwendung oder eine digitale Veröffentlichung ist untersagt.

Allgemeines:

Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf die durchgeführte Luftbildauswertung wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass bei Bauvorhaben die Arbeiten sofort einzustellen sind und unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen ist, sofern der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt ist oder verdächtige Gegenstände beobachtet werden, wird zur Kenntnis genommen und in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6 Thyssengas GmbH
Schreiben vom 07.10.2015

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Am südwestlichen Rand der o.g. Bauleitplanung verläuft die im Betreff genannte Gasfernleitung L02256 der Thyssengas GmbH. Beigefügt erhalten Sie den Bestandsplan Blatt Nr. 4 den Profilplan Blatt Nr. 4p sowie einen Übersichtsplan im Maßstab 1: 2500.

Die in den Längensprofilen angegebenen Höhenzahlen über NN beziehen sich auf den Verlegezeitpunkt. Zwischenzeitliche Niveauänderungen wurden nicht nachgetragen.

Die Gasfernleitung liegt innerhalb eines gesicherten Schutzstreifens von 4,0 m (2,0 m links und rechts der Leitungsachse),

in dem aufgrund technischer Vorschriften bestimmte Nutzungen und Tätigkeiten untersagt sind.

Dem Überfahren der Gasfernleitung mit Baufahrzeugen bei unbefestigter Oberfläche in Längs- bzw. Querrichtung können wir nur nach erfolgten druckverteilenden Maßnahmen - wie Auslegen von Baggermatratzen oder dergleichen - zustimmen.

Eventuell geplante neue Baumstandorte sind gemäß DVGW Merkblatt GW 125 (M) sowie des Merkblattes der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V. FGSV Nr. 939 mit Blick auf die weitere Entwicklung des Stammdurchmessers zu wählen. Um die Gasfernleitung vor Beeinträchtigungen durch Wurzelwuchs zu schützen und eine gefähderungsfreie Lebensdauer der Bäume zu gewährleisten, sollte der Abstand von 5,0 m zwischen Leitungsaußenkante und Stammachse nicht unterschritten werden.

Frühzeitig vor Beginn jeglicher Tätigkeiten ist unser Vorort zuständiger Mitarbeiter Herr Weier, Telefon Nr. 02553/727965133 zu informieren, damit wir unsere Gasfernleitung örtlich anzeigen können.

Wir bitten Sie die nachfolgenden Punkte zu berücksichtigen,

1. das unsere Gasfernleitung L02256 im Bebauungsplan nachrichtlich inklusiv des Schutzstreifens als mit Leitungsrecht zu belastende Fläche der Thyssengas GmbH dargestellt wird,
2. in der textlichen Begründung auf unsere Gasfernleitung hingewiesen wird,
3. die Gasfernleitung L02256 bei Bau- und Erschließungsmaßnahmen berücksichtigt wird,
4. das beiliegende Merkblatt für die Aufstellung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen sowie unsere allgemeine Schutzanweisung für Gasfernleitungen der Thyssengas GmbH Anwendung findet,
5. wir am weiteren Verfahren beteiligt werden.

Weitergehende Sicherungs- und Schutzmaßnahmen, die erst an Ort und Stelle geklärt werden können, halten wir uns ausdrücklich vor.

Die von uns überlassenen Unterlagen sind nur für Planungszwecke zu verwenden. Eine Weitergabe an eine Baufirma darf nicht erfolgen.

Stellungnahme:

Der Hinweis auf die am südlichen Rand des Plangebietes verlaufende Gasfernleitung und die diesbezüglich zu berücksichti-

genden Maßnahmen bei Bau-, Erschließungs- und Pflanzmaßnahmen wird zur Kenntnis genommen.

Die Anregung, die Leitung incl. Schutzstreifen in die Planurkunde des Bebauungsplanes aufzunehmen und in der Begründung des Bebauungsplanes zu beschreiben, wird berücksichtigt.

Beschlussempfehlung:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Die Anregung wird berücksichtigt.

7 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Schreiben vom 12.10.2015

Wörtlicher Inhalt der Anregung:

Die Bundeswehr ist nicht berührt und nicht betroffen.

Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen -einschl. Untergeordneter Gebäudeteile - eine Höhe von 30m nicht überschreiten.

Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen - vor Erteilung einer Baugenehmigung- zur Prüfung zuzuleiten.

Stellungnahme:

Ausweislich der Festsetzungen des Bebauungsplanes überschreiten die zulässigen Baukörperhöhen nicht die Höhe von 30 m über Grund. Insofern wäre ein Bauantrag zur Errichtung einer baulichen Anlage entsprechender Höhe unzulässig.

Beschlussempfehlung:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Keine Anregungen und Hinweise wurden von folgenden

Trägern öffentlicher Belange eingereicht:

- Baureferat Evangel. Kirche von Westfalen, Bielefeld
Schreiben vom 14.10.2015
- Landesbetrieb Wald und Holz, Nordrhein-Westfalen, Münster
Schreiben vom 08.10.2015
- Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Köln
Schreiben vom 07.10.2015
- Industrie- und Handelskammer Nord Westfalen, Münster
Schreiben vom 27.10.2015

- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Coesfeld
Schreiben vom 27.10.2015
- LWL-Archäologie für Westfalen, Münster
Schreiben vom 26.10.2015
- Amprion GmbH, Betrieb / Projektierung Leitungen
Bestandssicherung, Dortmund
Schreiben vom 20.10.2015
- Unitymedia NRW GmbH, Kassel
Schreiben vom 07.10.2015
- Gemeinde Laer, Schreiben vom 16.10.2015
- Gemeinde Havixbeck, Schreiben vom 14.10.2015
- Gemeinde Rosendahl, Schreiben vom 20.10.2015

Bearbeitet im Auftrag der Stadt Billerbeck
Coesfeld, im November 2015
WOLTERS PARTNER

Architekten & Stadtplaner GmbH
Daruper Straße 15 · 48653 Coesfeld